



KPV KOMMUNALPOLITISCHE
VEREINIGUNG DER CDU UND CSU
DEUTSCHLANDS

Starke Kommunen – Starkes Deutschland

Leitantrag

Kongress-*kommunal* und Bundesvertreterversammlung

14./15. Juni 2013 in Berlin

1 Starke Gemeinden, Städte und Landkreise machen ein starkes Deutschland aus. Funktionierende
2 kommunale Strukturen bringen uns Stabilität, Wohlstand und Krisensicherheit. Kommunen und
3 ihre Unternehmen erbringen wesentliche Leistungen der Daseinsvorsorge. Kommunale
4 Selbstverwaltung gewährleistet Lebensqualität für alle Menschen in unserem Land. Von diesem
5 Kompass geleitet haben die Kommunalen in der Union viel erreicht. Die Bilanz der
6 unionsgeführten Bundesregierung ist der Beleg für echte kommunalfreundliche Politik für mehr
7 Handlungsspielraum vor Ort, für mehr Zutrauen in die Gestaltungskraft der Menschen und für
8 mehr Verantwortung für die Gemeinden, Städte und Landkreise in Deutschland. Wir wollen dies
9 fortsetzen und unsere Politik weiterentwickeln.
10 Die Bundesvertreterversammlung möge folgenden Beschluss fassen:

11 **Strukturen nachhaltig verändern – mehr gestalten vor Ort**

- 12 • Wir wollen, dass die historische Entlastung der Kommunen durch die Übernahme der
13 Grundsicherung bei den Kommunen auch wirklich ankommt.
- 14 • Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung am kulturellen und beruflichen Leben
15 teilhaben und ein einheitliches bundesfinanziertes Leistungsgesetz für Menschen mit
16 Behinderungen sowie die Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe.
- 17 • Wir wollen die strengste Form der Konnexität, das Durchgriffsverbot des Bundes auf die
18 Kommunen, bewahren und die Verantwortung der Länder zur auskömmlichen und
19 aufgabengerechten Finanzierung ihrer Kommunen grundgesetzlich präzisieren.
- 20 • Wir wollen eine Kooperationskultur von Bund, Ländern und Kommunen, die bis hin zu
21 Staatsverträgen den Kommunen eine adäquate Finanzierung von „gesamtgese-
22 schaftlichen Aufgaben“ ermöglicht.
- 23 • Wir wollen eine weitere Entflechtung von Zuständigkeiten und Mischfinanzierungen mit
24 dem Ziel klarer Verantwortung für Aufgabe und Finanzierung in einer Hand. Es ist zu
25 prüfen, in wieweit bei Leistungsgesetzen und Förderprogrammen die kommunalen
26 Handlungsspielräume erweitert und ausgebaut werden können.
- 27 • Wir wollen eine ressortübergreifende, aus dem Bundeskanzleramt koordinierte Task Force,
28 die im Rahmen der Gesetzesfolgenabschätzung einen Katalog von kommunalrelevanten
29 Gesetzen und Verordnungen erarbeitet, die zeitlich befristet, ersatzlos wegfallen oder
30 modifiziert werden können.
- 31 • Wir wollen im Bundeskanzleramt eine(n) Staatsminister(in) für die Bund/Länder-
32 Koordinierung und Kommunales, um die kommunalen Belange institutionell in der
33 Bundesregierung zu verankern.
- 34 • Wir wollen die direkte Einbeziehung der Kommunalen Spitzenverbände in den
35 Stabilitätsrat, weil er die gesamt- und finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bei der
36 Aufstellung der Haushalts- und Finanzplanungen des Bundes, der Länder und der
37 Kommunen berät.
- 38 • Wir wollen die sozialen Leistungen neu ordnen, vereinfachen und stärker auf die
39 Bedürftigen konzentrieren.
- 40 • Wir wollen die Steuerkraft und die Steuerautonomie der Kommunen stärken und weiter
41 ausbauen.
- 42 • Wir wollen alle bisherigen europäischen Regelungen hinsichtlich der tatsächlichen Durch-
43 und Umsetzung in den Mitgliedsstaaten grundlegend überprüfen, bevor neue Richtlinien
44 und Verordnungen der EU mit Wirkung auf die Kommunen in Kraft gesetzt werden.
- 45 • Wir wollen den im EU-Vertrag zugesicherten Respekt vor der Kommunalen
46 Selbstverwaltung und die Gewährleistung unserer qualitativ hochwertigen öffentlichen

47 Daseinsvorsorge dauerhaft sicherstellen und die Verfahren der frühen Subsidiaritäts-
48 prüfungen mit Hilfe der Kommunalen Spitzenverbände verbessern.

49 **Unsere Chancen nutzen – mehr Lebensqualität vor Ort**

- 50 • Wir wollen nach der Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung die Qualität der
51 frühkindlichen Bildung erhöhen und dafür den Kommunen die notwendigen finanziellen
52 Mittel zur Verfügung stellen.
- 53 • Wir wollen die Städtepartnerschaften in Europa aktivieren, um jungen Fachkräften eine
54 neue Heimat zu bieten.
- 55 • Wir wollen die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe verbessern und mehr für die Kinder
56 und betroffenen Familien bewirken, in dem wir neue Modelle der Kooperation und
57 Vernetzung erproben.
- 58 • Wir wollen kommunale Bildungslandschaften ausbauen und die Kommunen stärker in die
59 Bildungsplanung einbeziehen.
- 60 • Wir wollen die Interkommunale Zusammenarbeit forcieren, mögliche Hemmnisse der
61 Interkommunalen Zusammenarbeit u.a. im Arbeits-, Vergabe- und Steuerrecht beseitigen,
62 sowie innerhalb der EU eine Privilegierung durchsetzen.
- 63 • Wir wollen die Interkommunale Zusammenarbeit von der Umsatzsteuer freistellen und so
64 kostensparende Organisationsstrukturen der öffentlichen Hand ermöglichen.
- 65 • Wir wollen auch in Zukunft hochwertige Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge und
66 insbesondere im Wasserbereich keine Zwangsprivatisierungen.
- 67 • Wir wollen eine funktionierende Kreislaufwirtschaft mit Produkthaftung und
68 größtmöglicher Rohstoffrückgewinnung, um eine nachhaltige und flächendeckende Ver-
69 bzw. -Entsorgung in kommunaler Verantwortung zu gewährleisten.
- 70 • Wir wollen Anreize schaffen, damit das neue Energiekonzept Deutschlands mit Hilfe der
71 Kommunen und der kommunalen Unternehmen gelingt, Investitionen markt- und
72 zielgerichtet erfolgen und die Energieeinsparungs- und Klimaschutzziele erreicht werden.
- 73 • Wir wollen die dezentrale Energieversorgung und Energieerzeugung ausbauen und dies als
74 Chance für mehr kommunale Selbstverwaltung, für mehr kommunales Engagement und
75 Handeln, für mehr Bürgereinbindung und Bürgerbeteiligung nutzen.
- 76 • Wir wollen im gesellschaftlichen Konsens über den Vorrang der Innenentwicklung in den
77 Städten und Gemeinden die zusätzliche Versiegelung von Flächen begrenzen und mehr
78 Brachland auch für den Wohnungsbau reaktivieren.
- 79 • Wir wollen den Wohnungsbau stärker fördern, die Kommunen ermuntern, für sozial
80 schwache Haushalte verstärkt Belegungsrechte mit Unterstützung der Länder zu
81 erwerben.
- 82 • Wir wollen kommunale Klimaschutz- und Stadtentwicklungskonzepte unterstützen und
83 das bewährte Instrument der Städtebauförderung fortführen und weiterentwickeln.
- 84 • Wir wollen zur Bewältigung des demografischen und wirtschaftsstrukturellen Wandels die
85 Stadtumbauprogramme inhaltlich aufwerten und zu einem einheitlichen
86 Stadtumbauprogramm zusammenführen.
- 87 • Wir wollen die Breitbandversorgung gerade im ländlichen Raum weiterausbauen und
88 kommunale Projekte im Rahmen der Daseinsvorsorge stärker fördern.
- 89 • Wir wollen eine stärkere Anerkennung der gesellschaftlichen Leistungen von Familien, eine
90 Bündelung der staatlichen Aufwendungen für Familien und eine gerechte passgenaue und
91 unbürokratische Förderung aus einer Hand.

- 92 • Wir wollen die Bürgerbeteiligung modernisieren und dabei insbesondere neue
93 dialogorientierte Kommunikationsformate einsetzen und die repräsentative Demokratie
94 stärken.
- 95 • Wir wollen Politik und Verwaltung u.a. durch die öffentlich zugänglichen Daten (Open-
96 Data) transparenter machen und damit mehr Vertrauen in die Meinungsbildungs- und
97 Entscheidungsprozesse schaffen.
- 98 • Wir wollen auch zukünftig Mobilität und Erreichbarkeit in den schrumpfenden ländlichen
99 Räumen als Element der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sichern.
- 100 • Wir wollen unsere bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur erhalten und zukunftsorientiert
101 ausbauen und dafür die erforderlichen finanziellen Mittel bereitstellen.
- 102 • Wir setzen uns für eine Stärkung des kommunalen Ehrenamtes ein und wollen, dass die
103 Aufwandsentschädigungen weiterhin nicht auf Renten angerechnet und von der
104 Sozialversicherungspflicht freigestellt werden.

105 Damit unsere Forderungen in der nächsten Legislaturperiode wieder kraftvoll vertreten und
106 umgesetzt werden, ermuntern wir alle Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, sich
107 tatkräftig bei der Auseinandersetzung um die Mehrheit im nächsten Deutschen Bundestag zu
108 engagieren. Nur mit einer starken Union werden die Kommunen stark!